



„Doppelhaushalt 2027/2028 ohne Neuverschuldung – Einsparvorschläge der Jungen Union Sachsen“

Bereich	Maßnahme	Geschätztes Potenzial (Mio. €/Jahr)*	Quelle/Begründung	Kommentar
Personal und Verwaltung	Globalen Minderaufwand vollständig ausbauen	300–500	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band II (ab S. 81)	Der Rechnungshof kritisiert seit Jahren, dass der globale Minderaufwand nicht voll genutzt wird, obwohl es viele Stellen gibt. Die volle Umsetzung spart Personalkosten, ohne dass jemand entlassen werden muss (aktuell ca. 4000 Stellen).
	Personalpool einführen und langfristig rund 11.000 Stellen abbauen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Milliardendefizit: Sachsen soll mehr Personalstellen streichen	Durch einen Personalpool werden freiwerdende Stellen gezielt nicht wieder besetzt. Das geschieht sozialverträglich über mehrere Jahre.
	Wegfall von Stellen, die länger als drei Jahre unbesetzt sind	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Stellen, die seit mehr als drei Jahren leer sind, werden automatisch gestrichen – ohne dass die Arbeit darunter leidet.
	Realistischere Veranschlagung sächlicher Verwaltungsausgaben einführen	50–150	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I (S. 95–100)	In der Vergangenheit wurden Sachausgaben (z. B. Büromaterial, Dienstreisen) regelmäßig viel zu hoch geplant. Die tatsächlichen Ausgaben lagen oft um bis zu 73 % niedriger. Mit einer realistischen Planung sparen wir dieses Geld direkt ein, ohne dass die Verwaltung schlechter arbeitet.

	Referatsleiter nur ab 10 Mitarbeitern zulassen	80–150	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band II (S. 74–77)	Viele kleine Teams haben einen eigenen Chef. Ab 10 Mitarbeitern gibt es nur noch einen Leiter – das spart viele teure Führungspositionen.
	Kleine Abteilungen zusammenlegen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Abteilungen mit weniger als 30 Mitarbeitern werden zusammengelegt. Das reduziert Verwaltungsaufwand.
	Sächsische Landesämter in die Landesdirektion integrieren	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Die verschiedenen Landesämter werden in die Landesdirektion eingegliedert. Dadurch gibt es weniger Doppelarbeit und weniger Standorte.
	Dezentrale IT-Stellen in den Ministerien streichen	120–150		Jede Behörde hat eigene IT-Mitarbeiter. Das ist teuer und unnötig.
	IT auf OpenSource umstellen, Lizenzgebühren reduzieren und beim SID vollständig zentralisieren	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Adieu Microsoft: Schleswig-Holstein setzt auf Open Source und spart Millionen heise online	Wie andere Bundesländer zeigen, kann sich eine Umstellung auf Open Source aus Kostensicht deutlich lohnen.
	Beschaffung, Fuhrpark, Aus- und Fortbildung sowie Archivierung bündeln	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Diese Aufgaben werden nicht mehr von jeder Behörde einzeln erledigt, sondern zentral organisiert. Das vermeidet Doppelarbeit.
	Behörden, Gerichte und Ämter dort zusammenlegen, wo es sachlich und organisatorisch sinnvoll ist	50–150		Sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum sollte geprüft werden, wo Strukturen gebündelt oder verlagert werden können – je nachdem, was organisatorisch sinnvoll und fachlich geboten ist.

	Moderne Arbeitsformen einführen (Homeoffice und Flächenreduktion)	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Mehr Homeoffice ermöglicht, dass bis zu 30 % der Büroflächen eingespart werden können – ohne dass die Bürger schlechter betreut werden.
	Familienpolitische Teilzeit straffen (Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre senken)	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Die Möglichkeit, Teilzeit zu arbeiten, wird auf Kinder bis 16 Jahre beschränkt. Dadurch stehen mehr Vollzeitkräfte zur Verfügung.
Bildung und Wissenschaft	Mehrarbeitsvergütung für Lehrer ohne nachweisbaren Unterrichtsnutzen streichen	8–12	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I (ab S. 79)	Lehrer erhalten derzeit pauschal Geld für Mehrarbeit, auch wenn kein zusätzlicher Unterricht stattfindet. Der Rechnungshof hält diese Zahlung für unnötig.
	Klassenobergrenzen flexibler gestalten	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Leicht größere Klassen sparen Lehrerstellen, ohne die Qualität zu beeinträchtigen.
	Kritische Prüfung der Hochschulstruktur mit Konzentration auf leistungsstarke Standorte und Fachbereiche	40–90 (langfristig)	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I	Mehrere sächsische Hochschulstandorte weisen bei sinkenden Studierendenzahlen (u. a. Rückgänge von über einem Drittel an einzelnen Standorten) eine hohe Pro-Kopf-Finanzierung auf. Eine strategische Konzentration schafft Freiräume, ohne die Qualität der akademischen Bildung zu gefährden.
Zuwendungen und Förderprogramme	Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ überarbeiten und Prioritäten neu setzen.	15–30	Förderrichtlinie Weltoffenes Sachsen + Haushaltsdatein (~18–30 Mio. €/Jahr)	Dieses Programm ist zunehmend ideologisch ausgerichtet und gehört nicht zu den Kernaufgaben des Staates. Daher ist eine Überarbeitung sinnvoll, weg vom "Gießkannenprinzip" und einer Finanzierung konkurrierender Programme.

	Förderungen an den Landesfrauenrat Sachsen e.V. überarbeiten	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Chemnitz: Antifa-Unterstützung und Steuergeld-Missbrauch - Großer Zoff im Landesfrauenrat	Es gibt wiederholt Kritik an Neutralitätsverletzungen. Die Förderung ist keine Kernaufgabe.
	Internationale Entwicklungszusammenarbeit vollständig streichen	4,7–9	SMWA/SMK-Projektförderungen + Haushaltsdaten (~723.800 € Uganda)	Der Freistaat Sachsen soll sich nicht um Projekte in anderen Ländern kümmern. Das Geld bleibt besser hier.
	Genderkompetenzzentrum Sachsen einschließlich assoziierter Projekte vollständig streichen	1,5–3,5	SMJ-Fördertransparenz + genderkompetenz-sachsen.de + Haushaltsunterlagen 2025/2026	Das Zentrum und die damit verbundenen Projekte sind ideologisch geprägt und keine originäre Aufgabe des Landes.
	Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau streichen	2,0–3,0	landwirtschaft.sachsen.de + SMUL-Haushaltsunterlagen 2025/2026	Die Aufgaben können problemlos in die normalen Abteilungen des Landwirtschaftsministeriums übernommen werden.
	Kompetenzzentrum Grüne Transformation des Tourismus streichen	1,0–2,0	sachsen.tourismusnetzwerk.info + TMGS-Haushaltsdaten	Eine spezielle Nischenförderung, die nicht nötig ist.
	Kompetenzzentrum für die Arbeit der Zukunft in Sachsen und Brandenburg streichen	1,0–2,5	pal.webspace.tu-dresden.de + BMBF-Förderkennzeichen 02L19C300–0 2L19C333	Das Projekt läuft bis 2026 und wird größtenteils vom Bund finanziert. Ein eigener Landesanteil ist überflüssig.

	Weitere nicht-essenzielle Kompetenzzentren und Agenturen streichen (u. a. Klima, Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft, Kommunale Wärmewende, nachhaltige Beschaffung)	8–30	Sächsische Fördertransparenzdaten + Einrichtungs-Websites + Haushaltsunterlagen 2025/2026	Diese Einrichtungen kosten viel Geld für Verwaltung und duplizieren oft nur Arbeit, die schon in Ministerien oder vom Bund gemacht wird.
Zuwendungen und Institute	Zentrum für Fachkräfte- und Arbeitsmarktsicherung Sachsen (ZEFAS Chemnitz) streichen	15–40		Die Aufgaben werden bereits von der Bundesagentur für Arbeit erledigt.
	Digitalagentur Sachsen (DiAS) vollständig in bestehende Strukturen integrieren bzw. streichen	8–15		Die Aufgaben der Digitalagentur können vom SID oder den Fachministerien übernommen werden. Es handelt sich um eine weitere parallele Struktur mit vermeidbarem Verwaltungsaufwand.
	Büro für Popkultur und Musik Sachsen (BPM) streichen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Die private Musikszene kommt ohne staatliche Förderung aus.
	Europäisches Zentrum für Bildung und Integration (EFBI Leipzig) einschließlich John-Dewey-Forschungsstelle streichen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Reine ideologische Forschung, keine Kernaufgabe des Landes.
	Zentrum für Kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS Chemnitz) streichen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Die Forschung wird bereits von Polizei und Universitäten geleistet.
	Kleinteilige Preise und Förderungen reduzieren	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Viele kleine Preise und Förderungen sind „nice to have“, aber nicht notwendig.

Infrastruktur und Investitionen	Ausgabereite abbauen und geplante Investitionen zeitnah umsetzen	310–790	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I (S. 107–118)	Viel Geld liegt ungenutzt auf Konten und verursacht Zinskosten. Schnellere Umsetzung spart Geld.
	Zusammenlegung der 4 ÖPNV-Zweckverbände zu einem Zweckverband mit einheitlicher Aufgabenträgerschaft.	25–70	DNN (Dez 2025) + laufende Fusionen + Koalitionsvertrag	Die derzeitige Kleinteiligkeit führt zu Doppelstrukturen und höheren Verwaltungskosten.
	Nicht-hoheitliche Aufgaben der LIST GmbH auf private Ingenieurbüros auslagern bzw. privatisieren	15–35		Viele Planungs-, Ingenieur- und Dienstleistungen im Straßen- und Verkehrsbereich können von privaten Büros übernommen werden. Dies reduziert den Landesapparat und schafft Wettbewerb.
	Mittel für Straßenunterhaltung bedarfsgerecht anpassen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I	Die Mittel werden genau auf den tatsächlichen Bedarf abgestimmt – weder zu viel noch zu wenig.
	Breitbandausbau effizienter gestalten	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I	Kommunen sollen wieder mehr mitfinanzieren und Fehler bei der vollen Landesübernahme korrigiert werden.
	Nicht-essentielle Wirtschaftsförderung einstellen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band I	Nur noch wirklich notwendige Förderungen bleiben erhalten.
Nebenhaushalte und Beteiligungen	Nicht-essenziellen Sondervermögen konsolidieren und in den Kernhaushalt zurückführen	320–1.050	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band II (ab S. 71)	Viele Sondervermögen dienen nur dazu, Geld am normalen Haushalt vorbei zu schleusen. Die Rückführung macht alles transparenter.
	Zuschüsse an landeseigene Betriebe abbauen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band II	Betriebe, die nicht wirtschaftlich arbeiten, erhalten weniger Zuschüsse.

	Nicht-hoheitliche Betriebe privatisieren (z. B. LISt, Sachsenforst, Schloss Wackerbarth, Gestüt Moritzburg)	(Teil des Gesamtpotenzials oben)	Rechnungshof Jahresbericht 2025 Band II	Aufgaben, die auch von privaten Unternehmen erbracht werden können, sollten auf eine Privatisierung geprüft werden, um Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Quersubventionierung zu vermeiden.
Soziales, Gesundheit, Justiz & Sonstiges	Stellenabbau im Sächsischen Ministerium für Soziales gezielt umsetzen	160–370		Das Ministerium hat sehr viele Mitarbeiter für Verwaltungsaufgaben. Hier kann deutlich abgebaut werden.
	Beiräte und Beauftragtenwesen reduzieren	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Es gibt über 110 Beiräte und Beauftragte – viele davon sind überflüssig.
	KiTa-Betriebserlaubnis kommunalisieren	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Die Genehmigung von Kindertagesstätten soll künftig die Kommunen selbst übernehmen.
	Landeskrankenhäuser unter ein Dach strukturieren	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Die Strukturierung der Landeskrankenhäuser unter einer gemeinsamen Verwaltung erschließt erhebliche Synergien. Größere Klinikverbünde ermöglichen Skaleneffekte durch bessere Auslastung von Personal und teurer Medizintechnik, günstigere Einkaufskonditionen sowie eine effizientere zentrale Verwaltung – bei gleichzeitig höherer Behandlungsqualität durch Spezialisierung und größere Fallzahlen.
	Repräsentationsveranstaltungen des Freistaats kürzen oder streichen	24–64		Veranstaltungen wie der Weihnachtsmarkt in Brüssel sind schön, aber bei knappen Kassen nicht mehr nötig.

	Landesamt für Naturschutz abschaffen	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Die Aufgaben können in bestehende Behörden integriert werden.
	Ertragslage von Sachsenforst verbessern	(Teil des Gesamtpotenzials oben)		Gebühren werden kostendeckend gestaltet.

Gesamt-Einsparpotenzial (konservativ): 1.800 – 3.800 Mio. Euro pro Jahr*

Fußnoten:

*Das konservative Gesamt-Einsparpotenzial von 1.800 – 3.800 Mio. € pro Jahr ergibt sich aus der Summe aller explizit bezifferten Einzelmaßnahmen sowie dem zusätzlichen strukturellen Effekt größerer Reformen (z. B. Personalpool und Verwaltungsbündelungen). Nach der Addition aller Potenziale wurde eine Sicherheitsmarge von 25 % für mögliche Überschneidungen und Umsetzungsrisiken abgezogen. Alle Werte sind konservative Schätzungen der Jungen Union Sachsen, die auf den genannten offiziellen Quellen sowie auf sachlichen und plausiblen Einschätzungen nach bestem Wissen und Gewissen beruhen.